

Rechtsmeldung | EU | Internationale Verträge

EU - Aufforderung zur Beendigung der EU-internen bilateralen Investitionsschutzabkommen

Von Achim Kampf

08.09.2015

(gtai) Am 18.6.2015 hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die Niederlande, Österreich, Rumänien, Schweden und die Slowakei eingeleitet und diese aufgefordert, die zwischen ihnen bestehenden Investitionsschutzabkommen zu beenden.

Darüber hinaus hat die Kommission die übrigen Mitgliedstaaten um Informationen bezüglich von ihnen abgeschlossener interner Investitionsschutzabkommen gebeten und einen administrativen Dialog eingeleitet.

Nach Ansicht der EU-Kommission verleihen diese Abkommen nur Anlegern aus bestimmten Mitgliedstaaten Rechte, was gegen das Diskriminierungsverbot verstößt.

Die überwiegenden EU-internen bilateralen Abkommen sind zwischen den (Alt)-EU- Mitgliedstaaten und den in den Jahren 2004, 2007 und 2013 beigetretenen Mitgliedstaaten geschlossen worden.

Mehr zu:

EU
Internationale Verträge
Recht

Kontakt

Karl Martin Fischer

Rechtsexperte

 +49 228 24 993 372

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.